

Die Autorin hat als Projektleiterin im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung auf den Philippinen gearbeitet. Zurzeit promoviert sie in Berlin zu »Shrinking Spaces for Civil Society« auf den Philippinen.

## KURZ NOTIERT

### von Nina Johnen

#### Kein Bedarf! - Verzicht auf Entwicklungsgelder trotz Marawi Krise

Schon im Herbst 2016 bekundete der philippinische Präsident Rodrigo Duterte, dass sein Land auf Entwicklungsgelder der USA und der EU zukünftig verzichten werde. Grund war, dass beide Akteure seinen aktuellen »War on Drugs«, bei dem seit Juni 2016 über 7.000 Menschen umgekommen sind, öffentlich kritisiert hatten. Die EU hatte geplant, Entwicklungsgelder in Höhe von 130 Millionen Euro zwischen 2015 und 2019 zur Verfügung zu stellen. Diese sollten besonders auf Mindanao, dem muslimischen Süden des Landes, investiert werden. Mindanao leidet bis

heute unter den Folgen der sogenannten »Marawi Krise« im Juni 2017. Die islamistische Terrorgruppe *Maute*, die auch Verbindungen zum sogenannten *Islamischen Staat* (IS) hat, hielt die Stadt Marawi fünf Monate gewaltsam besetzt. Bei den Kämpfen zwischen Militär und Terrorgruppe wurden die Stadt und die nähere Umgebung völlig zerstört. Nachdem das Militär die Belagerung gestoppt hatte, rief Präsident Duterte das Kriegsrecht über die Insel aus, und verlängerte es kürzlich bis zum Dezember 2017. Im Zuge der Gefechte wurden 200.000 Menschen vertrieben.

Die meisten sind bis heute nicht in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt, sodass die humanitäre Situation auf der zu den ärmsten Landesteilen gehörenden Insel angespannt ist. Viele ZivilistInnen befinden sich noch in Geiselschaft der TerroristInnen, während gleichzeitig Beschwerden über das rücksichtslose Vorgehen des Militärs zunehmen. Auch wenn der Einsatz von Entwicklungsgeldern durchaus kritisch zu bewerten ist, so könnten sie in diesem Fall bestimmt weiterhelfen.

*The New York Times* 23.10.2017

*Philstarglobal.com* 4.9.2017

#### Kein Einfluss? - Ablehnung von Entwicklungsgeldern als politisches Statement

Nach Aussagen des philippinischen Außenministers Alan Peter Cayetano wird die erneute Ablehnung von EU Entwicklungsgeldern durch die Duterte Administration keinen Einfluss auf die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Partner haben. Entwicklungspolitik sei, so Cavetano, keine Wirtschaftspolitik. In der Vergangenheit hatte vor allem die politische Linke immer wieder

die Abhängigkeit der Philippinen von Entwicklungsgeldern, speziell aus den USA, kritisiert, da Entwicklungshilfe politische und wirtschaftliche Abhängigkeitsstrukturen verfestigen kann. Insofern kann der Schritt der Duterte Administration auch als Zeichen eines neuen politischen Selbstbewusstseins gedeutet werden. So ganz ohne Entwicklungsgelder geht es dann aber wohl doch

nicht. Denn die einstige Rolle der USA und der EU scheint nun zunehmend China einzunehmen. Im März 2017 hatten beide Länder vereinbart, ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu vertiefen. Inwiefern hier neue Abhängigkeitsstrukturen geschaffen werden, bleibt abzuwarten.

*Inquirer.net* 19.10.2017

#### Keine Ausreden! -

#### Ehemaliger Menschenrechtsanwalt wird Berater des Präsidenten

Dass Präsident Duterte nicht zimperlich mit öffentlichen KritikerInnen und politischen KontrahentInnen umgeht, hat sich schon öfter gezeigt. Zuletzt erregte die Inhaftierung der ehemaligen Justizministerin Leyla de Lima internationale Aufmerksamkeit. Diese hatte den Präsidenten offen für seinen Anti-Drogenkrieg und die damit einhergehenden außergerichtlichen Tötungen durch die Polizei kritisiert. Nun aber hat der Präsi-

dent wieder einmal seine KritikerInnen und die politische Opposition überrascht, denn er hat den prominenten, ehemaligen Menschenrechtsanwalt Harry Roque zu seinem Regierungssprecher und Berater ernannt. Roque soll den Präsidenten in Sachen Drogenkrieg beraten und wird wohl auch Dutertes regelmäßige Entgleisungen in der Öffentlichkeit vertreten müssen. Die Tatsache, dass Roque das Amt annimmt,

wird innerhalb der gespaltenen politischen Linken und der Menschenrechtsszene des Landes kontrovers diskutiert. Seit dem Amtsantritt des Präsidenten driften die Bewertungen von Dutertes Politik weit auseinander und haben zu Spannungen und Zerwürfnissen unter den genannten AkteurInnen geführt.

*Inquirer.com* 28.10.2017

*Southchinamorningpost.com*

29.10.2017